



## NEWSLETTER

**zum Jahresausklang 2017**

**+ + + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + + +**



Die SPD Landesgruppe Schleswig-Holstein der 19. Wahlperiode: Dr. Ernst Dieter Rossmann, Bettina Hagedorn, Sönke Rix (Landesgruppensprecher), Dr. Nina Scheer, Mathias Stein, Gabriele Hiller-Ohm (v.l.)



Wahl zur Kreisvorsitzenden beim SPD Kreisparteitag Herzogtum Lauenburg am 4. November 2017.



Austausch mit Studierenden der Alexander von Humboldt-Stiftung in Büchen.



Vorlesetag in der Kita Arche Noah Büchen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe meines vierteljährlichen Newsletters widme ich mich der vergangenen Bundestagswahl, sowohl analysierend als auch zukunftsgerichtet, sowie dem Start der 19. Legislaturperiode.

Bereits nach der Landtagswahl und verstärkt nun nach der Bundestagswahl wird in unserer Partei analysiert und diskutiert – so auch in der Bundestagsfraktion.

Sowohl ein Landesparteitag als auch ein Bundesparteitag haben in den letzten Wochen Weichenstellungen für eine Neuausrichtung vorgenommen, insbesondere die Organisationsstruktur betreffend. Auf beiden Ebenen wurden Erneuerungsprozesse eingeleitet. Wichtig wird dabei sein, die Analyse der vergangenen Wahlen nicht aus dem Blick zu verlieren. Es sollte nicht um Veränderung um der Veränderung willen gehen, sondern um Schlussfolgerungen, wie sie aus gründlichen Analysen von Fehlentwicklungen oder Fehlern zu ziehen sind.

Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche eines Jamaika-Bündnisses bzw. der schwarzen Ampel auf Bundesebene geht es für uns zudem um die Frage, ob, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Form eine Regierungsbeteiligung in Frage kommt.

Meine folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf einige ausgewählte Punkte – Fortsetzung folgt.

Anregendes Lesen wünscht  
Ihre und eure



#### **Inhalt**

• Analyse und Einschätzung	3
• Nach dem Scheitern von Jamaika	8
• Aus dem Parlament	10
• Im Wahlkreis	11
• Betreuungswahlkreis: Stormarn-Mitte (Teil von Wahlkreis 8)	14
• Bilderschau	16

## Analyse und Einschätzung

Das Wahlergebnis ist zum einen ernüchternd; es gibt uns zum anderen aber auch Aufgaben – an erster Stelle zur genauen Analyse.

### Ein paar Zahlen

Die Wahlbeteiligung war im Bundestagswahlkreis (WK) 10 überdurchschnittlich gut. Zugleich hat aber auch die AfD im WK mit 9,8 % gegenüber 8,2 % im Landesdurchschnitt ein verhältnismäßig stärkeres Ergebnis erzielt. Für SH wiederum kann man sagen: Die AfD ist hier gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 12,6 % deutlich schwächer geblieben.

Die SPD ist zudem in SH gegenüber dem Bundesdurchschnitt nach wie vor stärker: 23,3 % gegenüber 20,5 %. Drastischer wirkt der Verlust im Vergleich zur Bundestagswahl 2013, gegenüber der wir in SH 8,3 % verloren haben – nur Hamburg (-8,9) und Bremen (-8,8) haben mehr bzw. ähnlich viel verloren. Zur Analyse gehört aber auch der Kontext: Man sollte nicht übersehen, dass unser Ergebnis 2013 unter den besten 4 (gleichauf mit dem Saarland) lag.

In Landesdurchschnitt-Betrachtung haben wir im WK 10 bei der BTW 2017 mit 22,3 % gegenüber dem Landesdurchschnitt der BTW 2013 etwas aufgeholt. 2005 lag der WK 2,4 % hinter dem SH-Durchschnitt (35,8/38,2), 2009 1,4 % hinter dem SH-Durchschnitt (25,4/26,8), 2013 1,8 % hinter SH-Durchschnitt (29,7/31,5) und nun nur noch 1 % hinter dem SH-Durchschnitt.

Wie üblich holen die Direktkandidaten der größeren Parteien ja meistens ein paar mehr Erststimmen. Auch hier – den Umständen entsprechend – ein noch passables Ergebnis mit 27,2 %. Bemerkenswert waren dabei die Briefwahlergebnisse. In Geesthacht liege ich insgesamt mit 33 % der Erststimmen 0,9 % hinter Norbert Brackmann. Ohne die Briefwähler hätte ich mit 2,7 % vor ihm gelegen. Ist es der Zeitpunkt, der Briefwähler anders wählen lässt oder ist es eher deren Ausrichtung – soweit überhaupt typisierbar?

Überwiegend Ältere haben uns gewählt, während uns 18 bis 59-Jährige unterdurchschnittlich wählten. Unter den Grünwählern sind mit 13 % mehr als doppelt so viele aus der Altersgruppe 18-24 als aus der Altersgruppe 60 +.

An den Wahlkampfständen und bei den Haustürgesprächen, zuletzt am Samstagnachmittag vor der Wahl in Geesthacht, sah ich verbreitete Annahmen bestätigt: Viele Menschen waren bis zuletzt schlecht informiert (ein junger Wähler, der durchaus einen aufgeweckten Eindruck machte, erkundigte sich an der Haustür am besagten Samstag, wann denn Bundestagswahl sei und er wolle doch gern wählen gehen, wisse nur nicht wohin...) und teilweise extrem ablehnend gegenüber der Wahl an sich. Sie schämen sich dabei zum Teil auch nicht, ihre Ablehnung mit unschönem Vokabular zu artikulieren (es war etwa auch ein "verpissst euch" dabei).

Die Ungeniertheit, beleidigend zu werden, nimmt zu.

Es gab ein hohes Maß an politischer Orientierungslosigkeit. Viele Menschen sahen keine Unterschiede oder vermochten sie nicht anhand der gegenübergestellten Kandidaten (oder Spitzenkandidaten) zu erkennen. Wiederholt wurde mangelnde Sympathie mit Martin Schulz beklagt. Dabei wurden auch Verleumdungen gegen ihn vorgebracht, die einander ähnelten. Es muss sich dabei um sehr breit gestreute Quellen handeln, die jedenfalls auch außerhalb öffentlich-rechtlicher Medien kursieren. Somit sollte uns auch beschäftigen, auf welchen Wegen Menschen mit Fake-News konfrontiert werden und wie hiermit umgegangen wird.

Die aktuellen Enthüllungen bzgl. des US-Wahlkampfes offenbaren, dass über gekaufte Facebook-Einträge bzw. Werbung Wahlen entschieden werden können.

Menschen, die erkennen ließen, früher SPD gewählt zu haben, erklärten unmissverständlich die Agenda 2010 als Grund, die SPD nicht mehr zu wählen. Es steht dabei häufig ein verlorengegangenes Vertrauen im Raum. Auch dies ist für uns ein Auftrag zur Aufarbeitung.

## **Persönliche Beobachtungen und Einschätzung**

- Es fehlt eine klar abgerundete, gründliche Auseinandersetzung mit der Agenda 2010; bemerkenswert, dass Martin Schulz eben mit diesem Punkt startete und dabei viel Zuspruch bekam. Im Zuge der Definition von Maßnahmen (Reduktion auf Qualifizierungsmaßnahmen) ging die Euphorie verloren.
- Es fehlte an erkennbarem sozialdemokratischen Profil ...
  - ◊ ... aufgrund der verfolgten Kommunikationsstrategie: Meines Erachtens wurde der strategische und systematisch durchlaufende Fehler begangen, alle Kompromiss-Ergebnisse der Großen Koalition durchgängig als Erfolg zu verkaufen, statt klar zu benennen, in welchen Punkten wir uns durchsetzen konnten, in welchen anderen Punkten uns aber die Union weitergehende oder andere Maßnahmen verweigert hat. Dies erschwerte die Unterscheidbarkeit der Koalitionspartner. Es ging Profil und damit auch Vertrauen verloren. Gleiches zeichnet sich auch in den Verlusten auf Unions-Seite ab.
  - ◊ ... aufgrund widerstreitender Interessen in der Partei. Die Große Koalition begünstigte in den eigenen Reihen die Nähe zur Union und somit wirtschaftsliberale Ansätze. Eine dahingehende Profilverschiebung (die spiegelbildlich auch bei der Union zu erkennen ist) repräsentiert aber offenkundig weder die Mehrheit der Basis noch unserer Wählerschaft und vergrößert die Kluft zu solchen, die uns Vertrauensbruch unterstellen und sich eher den Linken und den Grünen zuwenden.

Es fehlt an Klarheit in Fragen der Positionierung zum **Globalisierungs- und Verteilungsgerechtigkeits-Profil** im Bereich Klima-, Umwelt- und

Ressourcenschutz, auch unter Einbeziehung von Verbraucher- und Gesundheitsschutz. Zwar ist ein grundsätzliches Bekenntnis programmatisch enthalten. Dennoch haben wirtschaftsliberale Kräfte (insbesondere aus dem Bereich der Energiewirtschaft) während der vergangenen Jahre das Profil entschärft und erfolgreich ein Konzept zur Ablösung der Kohleverstromung bzw. fossiler Energiewirtschaft verhindert. Mit Blick auf die damit zusammenhängenden Kernaufgaben der Sozialdemokratie als Partei der Arbeit ist uns – neben der Frage der Ressourcen- Verteilungsgerechtigkeit – bislang ein zentrales Politikfeld verschlossen geblieben: **Die Energiewende als ganzheitlichen sozial-ökologischen Strukturwandel und auch arbeitsmarktorientiertes Politikfeld aufzugreifen**, mit großen Schnittmengen zur Digitalisierung sowie einer zukunftsfesten Mobilität (auf Basis regenerativer Energien).

Ein solcher Strukturwandel würde über den bislang erfolgreichen Ansatz von Dezentralität zugleich eine Stärkung von Kommunen und Regionen ermöglichen, ohne dass hiermit ein Mehr an Nationalstaatlichkeit erforderlich wäre. Eben dieser Ansatz wäre zugleich eine Basis für einen neu zu findenden europäischen Zusammenhalt.

*In diesem Zusammenhang möchte ich hinweisen auf den Antrag „Energiewende fortsetzen“, den ich für das Umweltforum Schleswig-Holstein geschrieben hatte und der auf dem Landesparteitag am 11.11.2017 beschlossen wurde, vgl. [http://beschluesse.spd-schleswig-holstein.de/wiki/U1:\\_Energiewende\\_beschleunigen\\_\(2017\)](http://beschluesse.spd-schleswig-holstein.de/wiki/U1:_Energiewende_beschleunigen_(2017)).*

*Da dessen Überweisung an den Bundesparteitag in der Antragsfrist nicht mehr möglich war, hatte ich (mit 50 Unterzeichner\*innen aus über 5 Landesverbänden) auf dem Bundesparteitag einen komprimierten Initiativantrag gestellt (vgl. unten), der dann (als IA14) an den SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern überwiesen wurde. Die Debatte über den Antrag hat den Konflikt mit einigen Stimmen insbesondere aus NRW und Brandenburg verdeutlicht.*



Das Thema Energiewende und Kohleausstieg war am Freitag Nachmittag des dreitägigen Bundesparteitages ein mit mehreren Wortbeiträgen intensiv diskutiertes Thema. Sowohl auf einen Antrag von den Naturfreunden, auf den sich Michael Müller, parl. Staatssekretär

a.D. bezog, als auch der benannte Initiativantrag waren dabei mit Blick auf den Kohleausstieg Gegenstand der Diskussion.

Vgl. zu diesem Thema auch: <http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/plusminus-erdgasfoerderung100.html>

**Initiativantrag IA 14 zum Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin  
vom 7.-9. Dezember 2017**

Antragsteller: Unterzeichnende

**Klimaschutz und Energiewende beschleunigen**

*Es ist an uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, aus Gründen von Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität gegenüber nachfolgenden Generationen, des Gesundheits- sowie Ressourcenschutzes, aber auch zur Erreichung unserer Klimaschutzziele, und zur Schaffung zukunftsfester Arbeitsplätze, den Umstieg auf Erneuerbare Energien zu vollziehen, begleitet durch Energieeffizienzmaßnahmen und Energieeinsparung. Die diesjährige Klimakonferenz COP23 in Bonn ermahnt uns zu beschleunigten und weiterreichenden Klimaschutz- und Energiewendeschritten.*

*Anhand von Regelungen über Reservekraftwerke haben wir bereits während der vergangenen Legislaturperiode den Einstieg in den Kohleausstieg vollzogen. Die bereits getroffenen Maßnahmen reichen aber nicht aus. Für die Kohlereviere bedeutet der zu beschleunigende Ausstieg aus der Kohleverstromung einen tiefgreifenden Strukturwandel. Heute sind noch rund 20.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt in der Braunkohleindustrie beschäftigt. Davon nach Angaben des Braunkohleverbandes DEBRIV rund 9.000 im Rheinischen Revier, etwa 2.500 im Mitteldeutschen Revier und knapp 8.300 in der Lausitz. Hinzu kommen indirekte Arbeitsplätze in einer vergleichbaren Größenordnung. Für die hier beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen wir im Zuge der Energiewende zukunftsfeste Arbeitsplätze und vermeiden damit andernfalls entstehende Strukturbrüche. Den Menschen vor Ort geben wir Perspektiven, bei zugleich klaren und unabdingbaren Zielvorgaben, aus der Kohlenergiegewinnung auszusteigen. Nur so entsteht Planungssicherheit, die für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unerlässlich ist.*

*Die Energiewende, verschiedenste Speicher- und Netzoptimierungstechnologien stehen für hunderttausende neue Arbeitsplätze, die wir in Deutschland und Europa sichern und schaffen wollen – mit weltweiter Ausstrahlungswirkung.*

*Aus diesen Gründen fordern wir:*

- 1. Für die Kohlereviere wird ein Energiewende-Konjunkturprogramm, EKP, aufgelegt, auf dessen Grundlage für die in der Kohlewirtschaft direkt oder indirekt beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Energiewende-Arbeitsplätze geschaffen werden.*
- 2. Bis 2020 werden ergänzende Einschnitte in der besonders klimaschädlichen Braunkohleeverstromung durch das Abschalten von Braunkohlekraftwerken und einer Reduktion von Volllaststunden im Umfang von weiteren 90 Mio. t CO<sub>2</sub> vorgenommen.*
- 3. Mengen-Ausbaubeschränkungen für Erneuerbare Energien werden aufgehoben, da sie den Handlungserfordernissen aus bestehenden Klima- und Ressourcenschutzverpflichtungen widersprechen und sich als Hemmnis für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowohl mit Blick auf hiesig verloren gehende Arbeitskräfte als auch abwanderndes Knowhow erweisen.*
- 4. Emissionen und Schadstoffe müssen einen realen Preis bekommen (Schadstoffbepreisung).*

Auch über **Änderungsanträge**, die ich über den Landesvorstand in Bezug auf einen Leitantrag formuliert hatte, der zur Positionierung nach dem Platzen von Jamaika vom Parteivorstand eingebracht wurde, hatte ich unsere Forderungen verfolgt; letzte wurden allerdings mit dem gleichen Grund wie viele andere Änderungsanträge (wegen der Detailtiefe und Länge des Antrags) abgelehnt.

Nicht vorenthalten möchte ich euch, dass die schleswig-holsteinische Positionierung durchaus wahrgenommen wurde; hier ein Auszug:

**Berlin (energate) - Der SPD stehen mit Blick auf eine Neuauflage der Großen Koalition harte Kontroversen beim Thema Kohleausstieg und Erneuerbaren-Förderung ins Haus. Dafür spricht schon die Antragslage vor dem dreitägigen Bundesparteitag, der am 7. Dezember in Berlin beginnt.** Der Leitantrag des Parteivorstandes umreißt das Klimathema, ohne dass die Worte Kohle, Kohleausstieg oder ein Ausstiegsdatum vorkommen. Er setzt den Akzent bei der sozialen Abfederung des mit der Energiewende verbundenen Strukturwandels. "Dabei nehmen wir die Sorgen und Interessen der Beschäftigten sehr ernst", heißt es dort. Die Energiewende müsse in eine "nachhaltige Modernisierungsstrategie" eingebunden werden. Dazu gehöre der Aufbau von Strukturen, "die an die industrielle Tradition anknüpfen und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit fördern."

Dagegen positioniert sich der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein. Mit einem Änderungsantrag, der der energate-Redaktion vorliegt, will er beim Thema Klima und Kohle eine schärfere Gangart einschlagen. "An unserem Ziel einer Treibhausgasminde- rung von 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 halten wir fest. Dies bedeutet auch Einschnitte bei der Kohleverstromung", so der Landesverband Schleswig-Holstein. Auch bei der Erneuerbaren-Förderung macht er Druck. Der Parteivorstand will es hier bei der weichen Formulierung belassen: "Wir müssen dem Klimawandel jetzt und heute mit wirksamen Maßnahmen entgegentreten." Das soll gemäß des Änderungsantrags um die Formulierung ergänzt werden: "Mengen-Ausbaubeschränkungen für erneuerbare Energien erweisen sich als Hemmnis für die Energiewende und müssen korrigiert werden."

- Es muss um eine demokratiekonforme Marktwirtschaft gehen und nicht um eine marktkonforme Demokratie. So erschien die SPD auch im Kontext der Diskussionen um Freihandelsabkommen teilweise nicht eindeutig positioniert. Die mit den Konventbeschlüssen und etwa auch den Papieren der Grundwertekommission roten Linien wurden in der öffentlichen Positionierung von Seiten unseres ehemaligen Parteivorsitzenden öffentlich anders interpretiert bzw. nicht aufgegriffen, mit dem Effekt, dass auch bei dieser, viele Menschen politisch ansprechenden Thematik, die SPD nicht klar genug erschien, obwohl sie im Parteienvergleich den wohl intensivsten Meinungsbildungs- und Positionierungsprozess durchführte.
- Möglicher Effekt: Martin Schulz formulierte sehr klar, die Landtagswahlen (persönlich) zu gewinnen. Er wurde so mit den verloren gegangenen Wahlen zwangsläufig zu jemandem, der etwas behauptet (Gewinnen), was nicht eintritt. Dies mag bei manchen den Eindruck erweckt haben, dass er etwas verkündet, was er nicht halten kann bzw. was nicht stimmt. Dieser Umstand schien sich über die sich wiederholenden Ereignisse (Landtagswahlen) zu potenzieren.

## Nach dem Scheitern von Jamaika

Durch das Scheitern von Jamaika darf sich die SPD nicht unter Druck setzen lassen, erneut in eine schwarz-rote Koalition zu gehen. Zum einen hat die Große Koalition mit dem Wahlergebnis 2017 gegenüber 2013 zusammen knapp 14 % verloren. Zum anderen gibt es nicht nur die eine Lösung, sondern verschiedene Möglichkeiten der Regierungsbildung – auch in Form von Kooperationen. Zudem ist es eine Verengung von „Verantwortungsübernahme“, diese mit Regierungsverantwortung gleichzusetzen.

Es sollte nicht verkannt werden, dass gerade in Zeiten der Großen Koalition die Unterscheidbarkeit der beiden großen Parteien nach verbreiteter Ansicht verschwamm und zugleich die AfD rasant anwuchs. So gesehen kann ein „Weiter so“ schwerlich Zeichen von Verantwortung sein. Im Interesse eines konstruktiven parlamentarischen Diskurses steht zudem in Frage, ob der AfD die **Rolle der Oppositionsführung** zukommen sollte. Und auch die Annahme, es könne parlamentarisch über die Einberufung von Neuwahlen beschieden werden, hält den Rahmendaten nicht stand: Art. 63 Grundgesetz sieht Neuwahlen als letzten Weg an. Nur wenn der Kanzler in einem dritten Wahlgang die Mehrheit nicht erreicht, „so hat der Bundespräsident binnen sieben Tagen entweder ihn zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen.“ Es liegt also dann – und nur dann – in der Hand des Bundespräsidenten, ob es zu Neuwahlen kommt. Neuwahlen sind hingegen keine Option, die eine Partei auswählen könnte.

**Bestehende Zielkonflikte** zwischen CDU/CSU und SPD dürfen nicht übersehen werden. Jenseits der erwähnten Verwässerung von Inhalten erschwert auch die Vertragsbrüchigkeit eine Neuauflage einer Großen Koalition, da der Wert zu

fassender Vereinbarungen vorab fraglich ist.

Die sich in weiten Teilen widersprechenden Ziele von CDU/CSU einerseits und der SPD andererseits begünstigten zudem eine **Konzentration auf Regierungshandeln** – zulasten sowohl des öffentlichen Diskurses als auch parlamentarischer Gestaltung. Die hiermit einhergehende Machtkonzentration in den Ministerien schadet dem pluralistischen Selbstverständnis einer parlamentarischen Demokratie.



**Zentralen Projekten** von uns Sozialdemokrat\*innen wie etwa der Bürgerversicherung als Abkehr von der Zwei-Klassen-Medizin, einer verstärkten Bekämpfung des Niedriglohnsektors, mehr Investitionen in sozialen Wohnungsbau und Maßnahmen zum Schließen der Schere zwischen Arm und Reich, versperrt sich die Union bislang.

Aus den genannten Gründen kann es ebenso Zeichen von Verantwortung sein, keine erneute Regierungsbildung einzugehen. Somit sind wir insbesondere im Interesse einer lebendigen und stabilen Demokratie aufgerufen, **alle Optionen** zu verhandeln bzw. sorgfältig zu prüfen.

Zugleich enthält das Grundgesetz gegenüber den Volksvertreterinnen und Volksvertretern sowie ihren Parteien eine grundlegende Erwartungshaltung der Regierungsbildung. Insofern verschließt sich die SPD entsprechenden Gesprächen nicht und hat für eben diese mit Beschluss vom Bundesparteitag Anfang Dezember entsprechende Maßgaben beschlossen. Ich habe mich dabei auch dafür ausgesprochen, bereits **nach den Sondierungen einen Bundesparteitag** (und nicht nur den Konvent) über die dann vorliegende Option entscheiden zu lassen.

Ein Austausch aller Optionen, wie etwa einer Kooperation, muss dabei zugleich Maßgabe aller Beteiligten sein. Der Ausschluss von Optionen, wie aktuell von

Seiten der Union gegenüber alternativen Modellen zur Großen Koalition erklärt, widerspricht diesem Prozess. Meines Erachtens sollte die Offenheit eine harte Bedingung für den Eintritt in Sondierungsgespräche sein.

Eine gesonderte Herausforderung wird der **Umgang mit der AfD** sein. Wir müssen uns darauf einstellen, dass für die AfD andere Maßstäbe als für bestehende Parteien gelten: Während innerparteiliche Konflikte zur Abwertung aller älteren Parteien von SPD, CDU, CSU bis hin zur FDP, Bündnis 90/Die Grünen oder Die Linke führen, schadet der AfD selbst die anfängliche Fraktionsaufspaltung (Baden-Württemberg) oder der Fraktionsaustritt der Vorsitzenden (Frauke Petry) nicht. Ein ähnliches Phänomen ist bei Donald Trump zu beobachten: je unmöglicher er sich aufführt, desto mehr scheint dies seine Anhänger\*innen an ihn zu binden. Solche Methoden dürfen nicht die unseren sein.

## Aus dem Parlament

Zur Zeit sind die Ausschüsse noch nicht eingesetzt, nur ein Hauptausschuss, über den alle bislang eingebrachten, teilweise eiligen (etwa Bundeswehreinsätze) Vorhaben verfolgt werden. Nach dem Scheitern der Sondierungen eines Jamaika-Bündnisses wurde nun aber verabredet, im kommenden Jahr die Fachausschüsse einzusetzen.

In der Zwischenzeit hatte sich die SPD auf einige Vorhaben konzentriert, die nun bereits im November einbracht wurden. Dabei handelt es sich um den Entwurf eines **Einwanderungsgesetzes** (Drs. 19/44), das den Zuzug qualifizierter Fachkräfte steuern soll und Menschen, die heute aus Arbeitsgründen das Asylrecht wählen, die hier zugleich aber als Arbeitskräfte gebraucht werden, einen Weg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Meines Erachtens müssen im Verlauf des Gesetzesverfahrens noch Verständigungen über Vorsorgemaßnahmen erfolgen, damit ein Einwanderungsgesetz mit Wirkung auf Länder, aus denen Menschen auf Grundlage des Gesetzes zu uns kommen können, dort keine Lücken in Arbeitsmärkten verursachen. Wenn ein erklärtes Ziel ist, Fluchtursachen zu bekämpfen, muss auch Sorge dafür getragen werden, keine destabilisierenden Faktoren zu setzen, die wiederum erneute Fluchtursachen begünstigen könnten.

Mit einem Antrag der SPD-Fraktion forderten wir die Bundesregierung auf, sich für die Sicherung der **Stahlstandorte** in Deutschland einzusetzen (Drs. 19/18). Der Antrag befasst sich u.a. auch mit Unternehmensfusionen, im Zuge derer es drohende Sitzverlagerungen ins Ausland zu vermeiden gilt bzw. die Fortgeltung von Mitbestimmungsregelungen zu gewährleisten ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zudem ein **Gentechnikgesetz** (Drs. 19/14) in den Deutschen Bundestag eingebracht, mit dem der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen bundesweit rechtssicher verboten werden kann. Eine solche

Regelung war in der letzten Legislaturperiode an der CDU/CSU gescheitert.

Vgl. Pressemitteilung, 13.06.2014:

<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/191-scheer-begruesst-opt-out-beschluss-der-eu-umweltminister-zur-gentechnik.html>

Vgl. Pressemitteilung, 22.05.2014:

<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/185-scheer-zum-heutigen-beschluss-des-bundestages-zur-gruenen-gentechnik.html>

Mit einem eigenen Antrag (Drs. 19/232), eingebracht in der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten, plädiert die SPD-Bundestagsfraktion für ein schnellstmögliches **Verbot von Glyphosat**.

Vgl. Pressemitteilung, 28.11.2017:

[www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/681-scheer-fordert-abkehr-von-landwirtschaftlicher-ertragsmaximierung.html](http://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/681-scheer-fordert-abkehr-von-landwirtschaftlicher-ertragsmaximierung.html)

Vgl. Presseartikel Süddeutsche Zeitung, 19.5.2016:

[www.sueddeutsche.de/politik/profil-nina-scheer-1.2997902](http://www.sueddeutsche.de/politik/profil-nina-scheer-1.2997902)

Vgl. Persönliche Erklärung nach § 31 GO zur Glyphosat-Abstimmung am 25.2.2016:

[www.nina-scheer.de/zur-sache/aktuell-zur-sache/469-persoенliche-erklaerung-zur-abstimmung-glyphosat.html](http://www.nina-scheer.de/zur-sache/aktuell-zur-sache/469-persoенliche-erklaerung-zur-abstimmung-glyphosat.html)

## Im Wahlkreis

Auf die wahlkampfbezogenen Aktivitäten vor der Bundestagswahl gehe ich in einem gesonderten Einleger zu diesem Newsletter ein (elektronisch: in einer gesonderten Datei).



Neben **Bürgersprechstunden** und verschiedenen **Gesprächen mit Akteuren aus der Wirtschaft, aus Vereinen sowie ehrenamtlich Engagierten** und meiner **kreisübergreifenden Ortsvereinsrunde** fand auch eine **Aktionswoche „Fraktion im Dialog“** statt, an der ich mich u.a. mit einem Stand vor dem SPD-Büro Ahrensburg beteiligte. Die von Andrea Nahles ins Leben gerufene Aktionswoche markierte den Auftakt für eine Reihe von Dialogangeboten. U.a. können Bürgerinnen

und Bürger im Internet unter [www.spdfraktion.de/dialog](http://www.spdfraktion.de/dialog) den SPD-Abgeordneten Vorschläge machen, wofür sie sich im Bundestag einsetzen sollen.



Die aktuelle Frage um eine Regierungsbildung nahm ich zum Anlass, zu **Mitgliederabenden** einzuladen. Am 28. November in Geeshacht, am 29. in Ratzeburg und am 2. Dezember in Ahrensburg wurden die Situation, aber auch Inhalte diskutiert. Einen weitestgehend gemeinsamen Nenner bildete dabei, mit den anderen Parteien Gespräche zu führen. Ernsthaft wurde die Frage der Glaubwürdigkeit aufgegriffen – sowohl aufgrund des Ausschlusses einer erneuten Großen Koalition direkt nach der Bundestagswahl als auch unter Verweis auf die öffentlich verschwimmenden Profile der Koalitionspartner während der vergangenen Legislaturperiode. In alternativen Modellen wurde von vielen auch eine Chance für eine Stärkung des Parlaments und des sachlich-kontroversen Austauschs gesehen. Insbesondere für das Modell stabiler Absprachen bei sonstiger Minderheitsregierung gab es viel Fürsprache.



Foto: Klaus Goldbeck

Inhaltlich wurde von verschiedenen Seiten eine abschließende, differenzierende Aufarbeitung der Agenda 2010 gefordert, verknüpft mit Forderungen für einen künftigen Arbeitsmarktrahmen. Für die Einführung der Bürgerversicherung, verstärktes Eintreten für bezahlbaren, bedarfsgerechten Wohnraum, kostenfreie Bildung von der Kita an und umfassende Maßnahmen für Pflege, auch was die Bezahlung und die Verfügbarkeit von Pflegekräften betrifft, wurde eindringlich plädiert. Ein ebenfalls häufig benannter Bereich betraf die Energiewende (auch als Wirtschaftsmotor), den Klimaschutz, Umwelt und Ressourcen, auch mit Blick auf den Lebensraum, Ernährungsfragen und Gesundheitsschutz.

Auch ein weiter vorausschauender Blick kam dabei zum tragen: Welche Erwartungshaltungen werden an welches Bündnis gestellt und wie wird damit umgegangen, wenn – wie in der vergangenen Legislaturperiode – die Vereinbarungen verwässert oder unterwandert werden? Diesbezüglich wurde auch eine zu verändernde Kommunikationskultur eingefordert.

## **Spendenübergabe an Lebensmittelausgabe der Geestküche**



Am Wahlabend der Bundestageswahl sowie der vergangenen SPD Mitgliederversammlung des Ortsvereins Geesthacht wurde kräftig gesammelt für eine Spende an die Tafel Geesthacht. Am 6. Dezember konnte so ein Betrag von 600 Euro an Irene Halaftris-Grube, Leiterin der Lebensmittelausgabe und stellv. Vorsitzende der Fraueninitiative e.V. übergeben werden.

Foto: v.l.: Marion Schumacher, Anika Habersaat, Nina Scheer, Gabriele Peterburs, Irene Halaftris-Grube

Vgl. <http://www.nina-scheer.de/aktuell/683-scheer-uebergibt-spende-an-lebensmittelausgabe-der-geestkueche.html>

## **Betreuungswahlkreis: Stormarn-Mitte (Teil von Wahlkreis 8)**

Mit der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag hat sich die Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten auf sechs Abgeordnete verkleinert – in der vergangenen Legislaturperiode waren wir neun SPD-Abgeordnete aus Schleswig-Holstein. Um aber alle elf schleswig-holsteinischen Wahlkreise abdecken zu können, haben wir in der Landesgruppe eine Regelung über Betreuungswahlkreise getroffen. Zukünftig werde ich Stormarn-Mitte betreuen und freue mich auf den Austausch und gemeinsames Wirken. Nachdem Franz Thönnies den Wahlkreis 8 für 23 Jahre im Deutschen Bundestag vertreten hat und es für Bundestagsdirektkandidat Alexander Wagner, trotz seines engagierten Wahlkampfes leider nicht reichte, betreuen damit meine Kollegin Bettina Hagedorn (Kreis Segeberg) und ich den Wahlkreis als SPD-Bundestagsabgeordnete.





**Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages**

nina.scheer@bundestag.de • [www.nina-scheer.de](http://www.nina-scheer.de)

**Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin**

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

**Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg**

Tel.: 04102 6916011

**Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht**

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht



